

Sperrung der Bahnstufunterführung

Frau Dr. Kirstin Tschan: Die Sperrung der Bahnstufunterführung bedeute für die Fußgänger erhebliche Umwege und damit eine starke Beeinträchtigung. Sie hinterfrage deshalb, ob die Unterführung für die Dauer eines halben Jahres komplett gesperrt werden müsse, oder ob es eventuell die Möglichkeit gebe, die Unterführung temporär immer dann zu öffnen, wenn dies die Bauarbeiten erlauben. Es sei vorhersehbar gewesen, dass es mit der Sperrung der Unterführung zum unerlaubten Überschreiten der Gleise kommen werde. Der Einsatz der Bundespolizei halte sie nicht für die angemessene Lösung. Es hätte vielmehr rechtzeitig eine alternative Querungsmöglichkeit geschaffen werden müssen. Auch mit Blick auf die Schüler sollte versucht werden, einen provisorischen Übergang vom südlichen Bahnhofbereich auf die wenig befahrenen Gleise 4 und 5 zu schaffen. Sollte dies nicht möglich sein, sei zumindest zu versuchen, die sich in der Güterstraße ergebende Gefahrensituation durch die Schaffung eines provisorischen Zebrastreifens zu entschärfen.

Oberbürgermeister Frei: Er hoffe, dass die Bauarbeiten früher als angekündigt abgeschlossen werden können und damit die Sperrung der Unterführung nicht so lange wie geplant daure. Eine Alternative zur Vollsperrung sehe er nicht. Im Sinne einer zügigen Abwicklung der Bauarbeiten sei es nicht möglich, die Unterführung teilweise offen zu halten. Die Schaffung eines Zugangs zu den Gleisen 4 und 5 in Form eines Provisoriums halte er wegen der damit verbundenen Gefahren aus haftungsrechtlichen Gründen für undenkbar. Die Entscheidungskompetenz hierzu liege auch nicht bei der Stadt, sondern im Zuständigkeitsbereich der Bahn. Ob die Möglichkeit bestehe, eventuell mit einem Zaun illegale Gleisüberquerungen zu verhindern, werde von der Verwaltung geprüft. Auch eine solche Maßnahme liege im Zuständigkeitsbereich der Bahn. Jedem vernünftigen Menschen müsse eigentlich klar sein, dass das Betreten von Bahngleisen fahrlässig und gefährlich sei. Die Notwendigkeit und Möglichkeit zur Schaffung eines provisorischen Fußgängerüberwegs in der Güterstraße werde von der Verwaltung geprüft.

2) TOP 20-039/09 Haushalt 2010 - Beratung des Entwurfes

Stadtrat Hall: Die CDU-Fraktion habe in ihrer internen Klausurtagung für den Haushalt 2010 und die nachfolgenden Haushalte folgende Ziele festgelegt:

- Keine Schuldenaufnahme im Kernhaushalt bis 2013
- Realisierung der im Haushaltsplan 2010 vorgesehenen Schwerpunkte
- Erhöhung der Ausgaben im Bildungs- und Betreuungsbereich
- Steigerung der Lebensqualität in der Kernstadt und in den Stadtteilen
- Investitionen, von denen möglichst viele Bürger profitieren
- Erhaltung der gesamten Infrastruktur
- Realisierung folgender Sonderprojekte von 2011 bis 2013:
 - Einrichtung einer Bewegungshalle in einer bereits bestehenden Sporthalle
 - Kinder- und jugendfreundliche Schulgestaltung
 - Bürgerfreundliche Gestaltung des Brigachufers

(Die Änderungsvorschläge in der Finanzplanung 2010 bis 2013 und die im Entwurf des Vermögenshaushaltes liegen der Verwaltung vor und sind dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.)

Die CDU-Fraktion schlägt für den Verwaltungshaushalt 2010 folgende Kürzungen vor:

- Finanzposition 5008 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 5108 Kürzung um 5 %
- Finanzposition 5200 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6508 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6518 Kürzung um 10 %
- Finanzposition 6520 Kürzung um 10 %
- Reduzierung der Ausgaben für die Kreisumlage für 2010 und 2011 in Höhe des Betrages, der sich bei Senkung des Umlagesatzes der Kreisumlage um 2,5 Prozentpunkte ergibt. Aufgrund der gestiegenen Steuerkraftmesszahl sei die Möglichkeit zur Reduzierung der von der Stadt zu zahlenden Kreisumlage als realistisch anzusehen.

Die Zahlen im vorgelegten Entwurf des Haushaltsplanes basierten noch auf der bekannten Steuerschätzung. Die November-Steuerschätzung werde vermutlich Klarheit zur Einnahmenerwartung im Haushalt 2010 und in den Haushalten der folgenden Jahre schaffen. Gerade in der jetzigen Situation sei es wichtig, eine generationengerechte Haushaltsführung beizubehalten und keine Schulen zu Lasten der nächsten Generation zu machen. Ziel der kommenden Haushaltsplanberatungen müsse es auch sein, die Schwerpunkte Betreuung, Bildung, Kultur im Sinne einer hohen Lebensqualität zu stärken. Der vorliegende Haushaltsentwurf belege, dass sich die Bürger auch in schlechten Zeiten in Donaueschingen wohl fühlen können.

Stadtrat Dr. Michael Klotzbücher: Die FDP-Fraktion habe sich sehr intensiv auf die kommenden Haushaltsplanberatungen vorbereitet. Die Fraktion werde ihre Änderungswünsche für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt bei den Beratungen einbringen. Auf Steuern- und Gebührenerhöhungen solle verzichtet werden. Kürzungen im Bereich der Gebäudeunterhaltung halte auch die FDP-Fraktion für zumutbar. Sie werde diesen deshalb zustimmen. Aufgrund der schwierigen Finanzsituation sei zu überlegen, das Projekt „Anbindung des Residenzbereiches an die Innenstadt“ zeitlich zu verschieben. Zur Beschaffung von Einnahmen sei die Vermarktung des Baugebiets Bühelstraße möglichst voranzutreiben. Wichtig sei die Stärkung des Ehrenamtes. Die dazu bereits gefassten Beschlüsse seien dafür geeignet. Wie bei der Jugendförderung der Vereine, sollte auch bei

den Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlich tätigen Ortschafts- und Gemeinderäte die Dynamisierungsregelung angewandt werden.

Stadtrat Karrer: Nach Ansicht der SPD-Fraktion müsse die Deckungslücke im Verwaltungshaushalt noch vermindert werden. Auf jeden Fall sei zu vermeiden, die bestehenden Rücklagen gänzlich aufzubrechen. Die SPD-Fraktion werde zu ihren Vorstellungen bei den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs konkrete Vorschläge machen. Die Redzierung des Haushaltsansatzes für die Kreisumlage auf der Grundlage einer Verringerung des Umlagesatzes um 2,5 Prozentpunkte werde für möglich gehalten. In den Bereichen Kultur, Schulen, Kindergärten und Stadtjugendpflege seien für die SPD-Fraktion Kürzungsvorschläge tabu. Das Gebäude der Stadtmühle sei als Sanierungsfall zu betrachten. Er bitte deshalb, dafür einen Kostenvoranschlag zu erstellen und die notwendigen Maßnahmen 2010 zu verwirklichen.

Stadträtin Dr. Jarsumbek: Die GUB-Fraktion halte den Verwaltungsentwurf für sehr gelungen. Als Kernbotschaften für den Haushalt 2010 seien formuliert:

- Keine Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen
- Keine Steuererhöhungen
- Keine Gebührenerhöhungen
- Keine Reduzierung beim Personal
- Investitionen nur mit Augenmaß
- Kreditaufnahmen vermeiden

Personal solle nur aufgestockt werden, wenn dies zwingend notwendig sei. Dem entsprechenden Vorschlag zur Stadtjugendpflege werde ihre Fraktion zustimmen. Dies gelte auch für die Durchführung von Schulsozialarbeit an der Erich Kästner-Schule. Keine Möglichkeit der Zustimmung sehe sie für eine zusätzliche Halbtagsstelle als Assistenz für die Hallenmanagerin. Sie halte es auch für notwendig, die Haushaltsmittel für die im kommenden Jahr geplante Japanreise zu streichen. Im Hinblick auf die Finanzsituation der Stadt sei dafür ein Aufwand in Höhe des angemeldeten Haushaltsansatzes nicht vertretbar. Den vorgeschlagenen Kürzungen der Schulbudgets werde die GUB-Fraktion zustimmen. Die weiteren Budgets sollen entsprechend den pauschalen Kürzungsansätzen im 2. Nachtragshaushalt 2009 angepasst werden. Geprüft werden sollte, ob die Kosten für verschiedene Investitionsvorhaben auf mehrere Jahre aufgeteilt werden können. Es sollten möglichst nur Investitionen getätigt werden, die für die Stadt nachhaltig von Vorteil seien. Dazu zähle die GUB beispielsweise das Projekt „Anbindung des Residenzbereiches an die Innenstadt“.

Stadtrat Blaurock: Vorrangige Zielsetzungen der Grünen-Fraktion betreffen die Bereiche Klimaschutz, Schulen, Kindergärten und Straßenbeleuchtung. Für die anstehenden Beratungen sei der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf eine sehr gute Basis, wobei die gewählte Form der Darstellung im Rahmen der Vollbudgetierung gewisse Verständnisprobleme mit sich bringe. Deshalb könnte es hilfreich sein, wenn Herr Schmitt die Vollbudgetierung und das neue kommunale Haushaltsrecht nochmals ausführlich erläutern würde.

Oberbürgermeister Frei: Er sei über die Meinungsäußerung der Fraktion und den damit verbundenen Einstieg in die Beratungen zum Haushaltsplan 2010 positiv überrascht. Es gebe zwischen den Vorstellungen der Fraktionen und dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung keine große Diskrepanz. Dies mache deutlich, dass alle Beteiligten an einem vernünftigen und verantwortbaren Haushalt 2010 interessiert seien. Die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung seien im Jahr 2010 Schwerpunktthemen. Acht der zehn im Entwurf des Stellenplanes 2010 neu ausgewiesenen Personalstellen entfielen auf den Bereich der Kinderbetreuung.

Aus seiner Sicht sei der Ansatz für eine geringere Kreisumlage im kommenden Jahr zu verantworten. Um wie viele Prozentpunkte eine Senkung möglich sei, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgesehen werden. Für Donaueschingen mache 1 Prozentpunkt einen Betrag von etwa 219.000 € aus.

Die Verwaltung sei gerne bereit, im Frühjahr 2010 den Gemeinderat umfassend zur Vollbudgetierung des Haushalts und zum neuen kommunalen Haushaltsrecht im Rahmen einer Sitzung oder auch an einem Samstagvormittag zu informieren.

Die Stadtmühle sei seiner Ansicht nach noch nicht als Sanierungsfall anzusehen. Es sei deshalb nicht notwendig, die Instandsetzungsarbeiten bereits im kommenden Jahr durchzuführen. Die Kosten für die Sanierungsarbeiten seien mit 176.000 € ermittelt und in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt worden.

3) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Keine.